

Hamburger Echo

Verlag: H. v. Helldorff & Co. Hamburg
Hauptredaktion: H. v. Helldorff & Co.
Redaktion: H. v. Helldorff & Co.
Vertrieb: H. v. Helldorff & Co.

Anzeigen: H. v. Helldorff & Co.
Anzeigen: H. v. Helldorff & Co.
Anzeigen: H. v. Helldorff & Co.

Nr. 564. Freitag, den 5. Dezember 1919. - Morgen-Ausgabe. 33. Jahrgang.

Die Hamburger Notstandsversorgung mit Bekleidungsgegenständen.

Von H. Krätzig-Berlin.

Am letzten Tage ihres Zusammenkommens in Weimar setzte die Nationalversammlung einen Ausschuss von sieben Mitgliedern ein, dem die Aufgabe übertragen wurde, die Liquidation der Notstandsversorgung (Notstands-Versorgung) zu übernehmen. Der Ausschuss und die Reichsbeleidungsstelle sind in den letzten drei Jahren ihres Bestehens sehr heftigen Angriffen ausgesetzt gewesen. Und es muß gesagt werden, daß diese Kriegsgesellschaften den Rufern im Streit gegen die gebundene Wirtschaft durch zahlreiche ungewollte Handlungen viel Wind in die Segel geblasen haben, wenn auch nicht unerwünscht bleiben soll, daß viele dieser ungewollten Handlungen auf Maßnahmen von außerhalb der Verwaltung dieser Gesellschaften stehenden Stellen der Kriegführung zurückzuführen sind. Die Verwaltung der Notstandsversorgung mußte, was andere, mächtigere Stellen, ausgeübt hatten, mühe viel nach den Prügelknaben abgeben, aber ich weiß es.

Im Laufe dieses Sommers war der Ansturm der öffentlichen Meinung gegen das Weiterbestehen der Notstandsversorgung, das die Liquidation der Notstandsversorgung (Notstands-Versorgung) zu übernehmen. Der Ausschuss und die Reichsbeleidungsstelle sind in den letzten drei Jahren ihres Bestehens sehr heftigen Angriffen ausgesetzt gewesen. Und es muß gesagt werden, daß diese Kriegsgesellschaften den Rufern im Streit gegen die gebundene Wirtschaft durch zahlreiche ungewollte Handlungen viel Wind in die Segel geblasen haben, wenn auch nicht unerwünscht bleiben soll, daß viele dieser ungewollten Handlungen auf Maßnahmen von außerhalb der Verwaltung dieser Gesellschaften stehenden Stellen der Kriegführung zurückzuführen sind. Die Verwaltung der Notstandsversorgung mußte, was andere, mächtigere Stellen, ausgeübt hatten, mühe viel nach den Prügelknaben abgeben, aber ich weiß es.

Der Ausschuss der Nationalversammlung zur Überwachung der Liquidation der Notstandsversorgung hat nun auch die Kontrolle der Geschäftsführung der Notstandsversorgung übernommen. In dieser Kontrolle liegt zweifellos seine wichtigste Funktion. Er hat darauf zu achten, daß die Notstandsversorgung, die durch die neue Gesellschaften vorjagt werden, auch zweckmäßige und brauchbare Bekleidung bekommen. In den Kreisen des Detailhandels mit Kleiderstoffen und fertiger Kleidung läuft man schon wieder Sturm gegen die neue Gesellschaft. Diese Kreise des Handels verlangen in Eingaben, daß für die Notstandsversorgung nur der Markt, dem freien Handel aber alles Gute vorbehalten bleibe. Der Ausschuss der Nationalversammlung tritt dieser Ansicht entschieden entgegen. Er verlangt, daß die Notstandsversorgung aus der Hand der Läger der Notstandsversorgung herausgeführt werden soll. Die neue Gesellschaft hat das Vorgriffrecht. Erst das, was sie nicht nimmt, geht in den freien Handel.

Um nun einmal zu sehen, wie weit der Abbau der Notstandsversorgung vorgeschritten sei und wie die neue Gesellschaft bei der Warenabwahl verfährt, beschloß der Ausschuss, einmal nach Hamburg zu fahren, um dort das größte Warenlager der Notstandsversorgung zu besichtigen. Diese Besichtigung fand am Donnerstag vergangener Woche statt und hat, das kann gleich vorweggenommen werden, die Teilnehmer sehr befriedigt.

Zuerst wurde das Notstandsversorgungslager auf Ruhwärder besichtigt. Die Besichtigung ergab, daß die Notstandsversorgung zu zwei Dritteln ihr Lager geräumt hat. Der größte Teil der noch lagernden Waren ist auch bereits in den Besitz von Abnehmern übergegangen und wird in kurzer Zeit abtransportiert werden. Man kann sich also beruhigen: Die Notstandsversorgung wird wirklich liquidiert.

Die von der Notstandsversorgung, m. h. e. erfahrene Waren, soweit sie noch nicht abgerollt waren, konnte man samt und sonders als äußerst gut gewählt bezeichnen. Die Kommission beantwortete, die Herrenoberbeleidungsstellen nicht nur bis zu einer Preisliste von 34 M. zu geben, sondern bis zu 50 M. pro Meter.

Im Anschluß an die Besichtigung nahm die Kommission eine Aussprache mit dem Vorstand der Angestellten-Gesellschaft vor. Die Beschwerden, die vorgebracht wurden, wurden in einer mehrfachen Nachmittagsbesitzung mit erhöhter, und es wurde begrüßt, daß der Ausschuss die Wünsche der Angestellten unterfützte. Die Leitung des Lagers hat stets solchen Wünschen Rechnung tragen wollen, sie wurde aber immer von Berliner Ministerien daran gehindert. Wir haben verlangt, daß man nun diesen Wünschen Rechnung trägt.

Von dem Lager auf Ruhwärder ging es zur Besichtigung der Geschäftsräume der Städtischen Kleiderlagerverwaltung. Das Lager steht unter der Leitung des Herrn Noth, und die Besichtigung ergab, daß, sowohl was die Art der Abfertigung der Käufer als auch die Lagerung der Waren anbelangt, gute organisatorische Umsicht waltet. Es ist für eine zweckmäßige Verwendung aller Gegenstände, die sich zur Bekleidung eignen, Sorge getragen. Aus getragenen Herrenanzügen werden Anabenanzüge gefertigt, die gut gearbeitet sind und einen verhältnismäßig billigen Preis haben. Das Zerlegen an ihnen ist das Unabwendbare. Es wird aber — und das muß dankbar erwähnt werden — auf gute und saubere Arbeit gesehen. Die Hosen dieser Anabenanzüge wurden uns, soweit der Stoff nicht an sich gute Qualität verbürgte, mit doppeltem Stoffboden oder ganz gestüttert vorgelegt. Die Anzüge für Herren wiesen fast durchweg gute bis Mittelqualität auf, und es gingen die Preise bis etwa zu 170 M. hinaus, ein Preis, für den heute im freien Handel aus Dreifache kein solcher Anzug zu haben ist. Dasselbe darf gesagt werden hinsichtlich der Herrenpaletots. In Frauenbekleidung, insbesondere in Oberbekleidung, war das Lager weniger reichlich ausgestattet. Das liegt aber in der Natur der Sache. Frauenoberbekleidung muß sehr stark individualisiert, das heißt nach dem Geschmack der einzelnen Frau, gearbeitet sein. Das kann die Notstandsversorgung nicht so durchzuführen. Immerhin waren Socken und ähnliche Bekleidungsgegenstände zu billigen Preisen zahlreich am Lager, ebenso warme Unterbekleidung. Welche ist ein besonderes Kapitel der Notstandsversorgung. Da wird die Zentrale in Berlin noch reichliche Käufe tätigen müssen, um den dringenden Bedarf zu decken. Dasselbe gilt in bezug auf Fußbekleidung aus Leder.

Alles in allem kann gesagt werden, daß es wirklich wünschenswert ist, zu sehen, wie hier, in dieser Pflanzstätte des Pflichtgefühls, für die Allgemeinheit gearbeitet wurde. Personen, die schon mehrere Kleiderverwertungsstellen im Reich besichtigt haben, stellen mit großer Genugtuung fest, daß die Hamburger Kleiderlagerverwaltung anderen als Muster dienen könne.

Anschließend an diese Besichtigung erfolgte jene des Reichs-Kleiderlagers Nr. 6 in Hamburg, von dem aus die Kommunen in Hamburg bezogen, aber auch Lübeck und andere Städte versorgt werden. Die Waren, die in den Lagern der Notstandsversorgung erfasst werden, gehen in die Hände der Kleiderlagerverwaltung, gehen in die Hände der Reichs-Kleiderlagerverwaltung und werden von hier aus nach Anweisungen der Zentrale der Notstandsversorgung an die Kommunen verteilt. Das Hamburger Lager untersteht der Leitung der Herren Hirschfeld & Dunler, die beide als tüchtige Fachmänner bekannt sind. Man sah Waren aller Art von guter Qualität lagern. Gelegt wurde über Mangel an Strümpfen und Socken von besserer Qualität. Hier besteht ein Mangel! Es sind wohl Strümpfe da, aber von einer Qualität, bei der besonders empfindliche Füße zu schmerzlichen Wegkommen. Die Notstandsversorgung muß dieser Fußbekleidung mehr Aufmerksamkeit widmen, was von anderen Stellen früher geschehen ist. Dort hat man früher geglaubt, zu Strümpfen das minderwertigste Spinnmaterial verwenden zu sollen. Das minderwertigste Material unserer Zeit ist auf diesem Gebiet aber auch zugleich das kurzweiligste und besitzt darum auch nur geringe Haltbarkeit. Dabei wurde uns gesagt, daß eigentlich Hamburg noch Glück gehabt habe; es habe einen Posten Strümpfe bekommen, die zu den besseren Qualitäten gehören.

Zum Schluß noch ein Wort über die Handhabung der Notstandsversorgung durch die Kommunen. Die Kommunen erhalten aus den Reichs-Kleiderlagern die Waren, die sie wünschen, nach vorheriger Besichtigung und Auswahl zugewiesen. Es ist also nicht mehr so wie unter der Herrschaft der Notstandsversorgung, daß man die Käse im Sack kaufen mußte. Die Kommunen nun richten entweder eigene Verkaufsstellen ein oder ziehen den Kleinhandel zur Verteilung heran. In Hamburg geschieht beides. Zum Bezug von Waren aus der Notstandsversorgung ist ein Verechtigungschein nötig, dessen Erlangung abhängig ist von der Höhe des Einkommens. Personen, deren Einkommen innerhalb der Verechtigungs-grenze liegt, erhalten von der Kommunalverwaltung den Verechtigungschein und gehen mit ihm in die Verkaufsstellen, um sich den Bekleidungsgegenständen, zu denen Bezug sie berechtigt sind, zu kaufen. Die Kleiderhändler, die zum Verkauf der Notstandsgegenstände zugelassen sind, haben die Verechtigungscheine aufzubewahren und bei den Revisionen, die von der Kommunalverwaltung vorgenommen werden, vorzulegen. Verechtigungscheine und vorhandener Warenbestand müssen bei diesen Revisionen zusammen die Stichzahl ergeben, die der Zahl der gelieferten Gegenstände entspricht. In bezug auf die bloße Stichzahl scheint demnach die Kontrolle ausreichend. Es fragt sich nur: ist sie auch ausreichend zum Schutz vor Verechtigung guter Qualitäten und deren Ertrag durch schlechtere? Das wird noch zu prüfen sein. Es läßt sich wohl auch da eine Kontrollmöglichkeit finden. In Hamburg untersteht die Aufsicht der Notstandsversorgung dem Delegierten vom Kleiderlager, Herrn Regierungsrat Jansson, dessen Eifer auf diesem Gebiet wohl auch da einen Weg finden wird, etwaigen Schiebungen einen Riegel vorzuschieben.

Die parlamentarische Überwachungskommission der Notstandsversorgung war von dem Ergebnis der Besichtigungen in Hamburg sehr befriedigt, und was speziell mich anbelangt, so möchte ich sagen, eine solche Einrichtungsmaßnahme, wie sie Hamburg in seinem Kleiderverwertungs-lager besitzt, sollte man nie mehr wieder beseitigen.

Politische Nachrichten.

Aufhebung des Belagerungszustandes.

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die „Germania“ wollte uns sehr zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß der über Berlin verhängte Belagerungszustand in den nächsten Tagen aufgehoben werde. Ein dringender Beschluß des Reichstagsinstituts liegt bereits vor. Wir können dazu mitteilen, daß die Nachricht der „Germania“ den Tatsachen vorauseilt. Das Reichskabinett hat die Aufhebung noch nicht beschlossen, doch scheint sicher, daß ein solcher Beschluß in den nächsten Tagen gefaßt wird. Die sozialdemokratische Partei fordert bekanntlich die Aufhebung des Belagerungszustandes mit großer Entschiedenheit. Er wurde über Berlin in den letzten Märztagen verhängt, besteht also jetzt bereits 9 Monate. Da gegenwärtig Berlin durchaus ruhig ist, und aller Voraussicht nach neue größere Unruhen sobald nicht zu befürchten sind, ist das Weiterbestehen des Belagerungszustandes nicht zu rechtfertigen. Es kann erwartet werden, daß die Reichsregierung mit der Verhängung des Belagerungszustandes in Zukunft überhaupt sparsamer als bisher verfährt. Jedenfalls scheint die Absicht zu bestehen, nur in den dringenden Notfällen von ihm Gebrauch zu machen.

(Wir möchten die Erwartung knüpfen, daß die Reichsregierung im Anschluß an die hier angekündigte Maßnahme auch für Hamburg dem Belagerungszustand ein Ende macht. Die Red.)

Aufruf an die Arbeiter aller Länder zugunsten der deutschen Kriegsgefangenen.

Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund erwirkt einen Aufruf an die Arbeiter aller Länder, worin er sie zur Unterstützung der Vermählungen einfordert, die Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen zu erlangen. Die französischen Arbeiter werden darauf aufmerksam gemacht, daß Frankreich die deutschen Kriegsgefangenen nur freilassen würde, wenn an deren Stelle andere Kriegsgefangene nach Frankreich gesendet werden, nämlich 3000 Arbeiter, die zur Lohnarbeit herangezogen werden sollen.

Ein Antrag und eine Anfrage in der Nationalversammlung.

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Dr. Ginge und Genossen stellten in der Nationalversammlung folgenden Antrag: Die Nationalversammlung wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, mit größtmöglicher Eile eine Denkschrift über die Möglichkeit und Durchführbarkeit einer Zwangsreparationsversicherung auf öffentlichen Grundbesitz vorzulegen, die möglichst weit

Bewässerungsbereitschaft umschließt und die das Ziel hat, den Versicherungen im Falle der Beschädigung ein einmaliges Pauschalgeld und für jedes einzelne Kind innerhalb einer bestimmten Altersgrenze ein jährliches Kindergeld zu gewähren.

Eine Anfrage aus der Nationalversammlung lautet: Es ist bekannt geworden, daß darüber verhandelt worden ist über die, daß, falls es der deutschen Reichsregierung nicht möglich sein sollte, Ordnung im Eisenbahnbau zu schaffen, das Ausland Rohstoffe, Ozele, Kupfer, Dichtungen, Isolat, die Ausführung von Lokomotiv- und Waggenteilen übernimmt und Lokomotiven in größerer Anzahl an Deutschland verkauft. Ist die Reichsregierung bereit, Aufklärung über diese Verhandlungen zu geben und ist es zutreffend, daß zur Sicherung dafür zu leistenden Zahlungen eine Verpfändung deutscher Eisenbahnen in Betracht gezogen wird? Macht der Stand der Dinge die Reparaturverhältnisse eine Zulassung ausländischer Hilfe erforderlich? Wenn ja, auf welche Umstände ist das zurückzuführen?

Die Kohlenlieferungen Deutschlands für Frankreich.

Wie aus Berlin gemeldet wird, wurden die deutschen Kohlenlieferungen nach Frankreich, die wir vor der Kriegseinführung des Friedensvertrages begonnen hatten, demnächst eingestellt. Wenn sie die volle Höhe nicht immer erreichen, war dies auf die Schwierigkeiten der deutschen Kohlenförderung sowie auf die Verlehrschwierigkeiten zurückzuführen, wobei auch die technischen Unzulänglichkeiten der französischen Verlehrsmitel zum Teil eine Rolle spielten.

Minister Heine hofft auf Entgegengemessenheit der Entente.

Der preussische Minister des Innern Wolfgang Heine erklärte gegenüber einem Pressevertreter, daß die Entente, welche die Aufhebung der Einwohnerehren und Ehrerückstellungen im Reichsgebiet fordert, von den preussischen Behörden einen solchen Ehrerückstellungen nicht zu billigen sei und für die normale Zone verlangt habe. Seine Lage, von der die Entente hofft, daß sie durch Verhandlungen mit der Entente eine Revision ihres Standpunktes herbeiführen werde.

Zur Entlassung der Schutzhaftgefangenen.

Am Donnerstag wurden in Berlin sieben Schutzhaftgefangene aus der Haft entlassen. In Stuttgart befinden sich nur noch fünf Ausländer, darunter Radek. Die Aufhebung des Belagerungszustandes wird als bevorstehend bezeichnet. Allerdings haben die Medien auf dem unabhängigen Paritätstag von immer mit dem Gedanken der Gewalt gespielt wurde, gewisse Bedenken hervorgehoben.

Die Lage in Bitterfeld.

Auf den Werken in Bitterfeld nahmen durchsichtliche ES-Platz der Arbeiter die Arbeit wieder auf. Es steht die Witterung bevor, daß die Arbeit in vollem Umfang wieder aufgenommen werden soll.

Kohlensatz Rückzug und die deutschen Gefangenen in Sibirien.

Aus Kopenhagen wird der „Wolfschen Zeitung“ gemeldet, daß der Rückzug Kohlensatz etwa 3-4000 deutsche Gefangene in Sibirien unter der Herrschaft der Bolschewisten bringe, wodurch die Aussicht auf ihre Rückkehr sich verbessere.

Politische Kritik in Wien.

Das „Tagblatt“ meldet aus Wien, daß der Austritt der Sozialisten aus der Koalition vielfach vermutet werde. Die Christlichsozialen machen heftige Opposition, sowohl gegen die Preisverhöhen, die der Wiener Gemeinderat für Gas, Elektrizität und Straßenbahnen vornehmen mußte, als auch gegen die von den Sozialdemokraten in Aussicht genommene Organisation der Wehrmacht. Die Christlichsozialen verlangen vollständige Beseitigung der Volkswehr und der Soldatenräte, während die Sozialdemokraten Vertrauensleute beibehalten wollen.

Blutige Zusammenstöße in Rom.

Aus Rom meldet das „Tagblatt“: Auf dem Corso wurde ein Demonstrationzug polizeilich aufgelöst. Beim Vorübergehen kam es zu einer Schlägerei zwischen Demonstranten und Militär. Es gab dabei Verletzte und Verletzte. Nur ein einziges Blatt ist in Rom erschienen.

Die Sowjetregierung wünscht den Frieden.

Das englische Parlamentenmitglied Marlon teilt mit, daß der „Daily Herald“ mit, daß die Sowjetregierung ihn gebeten hat, bekannt zu geben, daß sie noch immer den Frieden wünscht. Nur müßten die Bedingungen, die Malone fernergeliegt im Unterhandlungsmittel hat, insofern geändert werden, als die Verhandlungen sich geändert hätten. Die Sowjetregierung betont, daß zwischen ihr und der deutschen Regierung noch keine Verhandlungen eröffnet sind.

Gewisse Meinung über Wilsons Vorkauf in Amerika.

„Times“ meldet aus Washington, daß der Adel an Wilson, weil er in der Welt bekannt ist, nicht als ein Kritik des ganzen Bundes aufzufassen sei. Die meisten Amerikaner finden in der Vorkauf, die zahlreiche innere Fragen ausführlich behandelt, vieles für sie von Bedeutung. „Daily News“ erwidert in der Vorkauf die Angaben für einen künftigen Freihandel Amerikas. Das Blatt schreibt in einem Leitartikel, die Verluste, die Einfuhr zu beschaffen, seien augenblicklich nichts anderes, als die Weigerung Amerikas, die Bezahlung der Zinsen für seine großen Anleihen an das Ausland in der einzigen Form, in der die Bezahlung überhaupt erfolgen kann, anzunehmen. Die Folgen einer solchen Politik würden zweifellos für die anderen Länder sehr ernst sein, jedoch auch in Amerika große finanzielle Katastrophen zur Folge haben.

Franklin Roosevelt als Präsidentschaftskandidat der amerikanischen Demokraten.

Das „Allgemeine Handelsblatt“ meldet aus New York, daß der Parteisekretär Franklin Roosevelt als Kandidat zu den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen aufgestellt werde. Roosevelt ist Demokrat.

Japanische Ministerkrise.

„Daily Express“ meldet aus Tokio, daß infolge Meinungsverschiedenheit über die Abfertigung von Gefangenen nach Sibirien eine Ministerkrise entstand. „Central News“ meldet ergänzend aus Tokio, daß die in Futschu gelandeten japanischen Soldaten sehr zahlreich beschuldigt, in die Chinesenstöße einzubringen. In Futschu herrsche große Aufregung.

Kleine politische Mitteilungen.

Im baltischen Reichstag wurde der Nationalversammlung ein Antrag über die Zollsetzung in Gold beschlossen, daß das Zentrum der Nationalversammlung möglichst bald dem Reichstag zustimmen solle, wodurch die Goldzölle aufgehoben werden.

Preussische Landesversammlung.

Die unüberbrückbare Kluft.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 4. Dezember.

Der zweite Tag der Kultus-Debatte brachte zunächst eine zweistündige Rede Adolf Hoffmanns, der sich auf seine Weise mit dem Zentrum auseinandersetzte und scharf gegen Genossen Gänisch polemisierte. Genosse Schlusmann wandte sich besonders gegen die Vorwürfe, die von rechts und aus dem Zentrum am Tage vorher gegen unsere Partei erhoben worden waren. Es war nicht seine Schuld, wenn seine Rede eine Schärfe gegen das Zentrum erzielte, die nicht recht zu der Arbeitgemeinschaft mit dieser Partei paßt. Er konnte aber mit Recht darauf hinweisen, daß die Kirche keine besonderen Verdienste für die Aufrechterhaltung der Ordnung in der neuen Zeit in Anspruch nehmen konnte. So gut wie aus dem Lager der Gelben hat der Sportivismus auch aus den der Kirche anhängenden Kreisen Zuwachs erhalten, und das gegenwärtig wieder zu beobachtende Ansteigen der Mitgliederzahl der Gelben und Christlichen ist vielmehr mit auf den Rückstrom derjenigen zurückzuführen, die die radikale Bewegung enttäuscht hat. Dem von Kinnemann für notwendig gehaltenen Kabe auf die frühere deutsche Minister wegen ihres angeblichen sozialen Vorkaufs stellte er die Bestimmung armer Proletarierfrauen und -Männer gegenüber, die unendlich viel höher einzuschätzen seien. Dem Zentrum bestätigte unser Redner, daß zwischen unserer Auffassung und der des Zentrums eine unüberbrückbare Kluft besteht, die in allen Schul- und Kirchenfragen in Erscheinung tritt. Das Zentrum will eine Schule haben, welche die Schüler für das Berufsleben erzieht, während wir Staatsbürger erziehen wollen; die Besten auf dem Boden der Wirklichkeit stehen und gesund und kräftig den Kampf um das Leben führen. Das Zentrum hat auch in der Schulfrage längst nicht alle katholischen Lehrer hinter sich, wie er durch mancherlei Beispiele beweist. Unser Redner verlangte auch Schutz für die freigeistigen Lehrer und Lehrerinnen, die in katholischen Gegenden noch vielfach verfolgt werden. Genosse Gänisch setzte sich kritisch mit der Reden, dem Zentrum und den Unabhängigen auseinander und konnte aus allen drei Lagern Zeitschriften und Aufschriften anführen, die das ehrliche und erfolgreiche Wirken des Kultusministers, insbesondere auf dem Gebiete des Schulwesens anerkennen. Den Schluß unserer heutigen Rede bildete Genosse Frank-Löhner, der als jüngstes Mitglied des Hauses in einer interessanten Rede die Forderungen der Sozialdemokratie auf dem Gebiete der Kunstpflege besprach.

10. Sitzung. (Telephonischer Bericht.) Am Freitag, den 4. Dezember.

Die zweite Beratung des Kultusgesetzes.

Adolf Hoffmann (USP.): Nach der sogenannten Revolution hätte auf dem Kultusgebiet etwas mehr Kulturarbeit stehen müssen. Man findet keinen Unterschied, wie die Firma hat gemeldet. Nach der Verfassung besteht keine Staatskirche. Wie kann man also für die Kirche Positionen einnehmen in den Staatsbehörden? Sie müssen also meinen Antrag auf Erziehung der Beträge für Kultusgewerbe ohne weiteres annehmen. Warum hat die Kirche, die christliche Kirche, nicht gegen den Krieg Stellung genommen? Nur gelogen und betrogen hat man. Herr Heilmann führt die Aufgabe, jedes Verbrechen mit dem Marxismus zu erklären. Bezeichnend ist seine Stellung zu den Ministerverträgen. Der Herr hat erklärt, die Regierung von früher hätte niemals anders gehandelt. Es seien für abgelehnte Minister Beträge gezahlt worden, gegenüber deren Höhe das Vierteljahrgehalt Hoffmanns nicht in Frage komme. Dabei habe ich mir im Kultusministerium eine Krankheit geholt. (Schallende Heiterkeit, Zuruf: „Sie sind ja jetzt noch krank!“) Die hat mich dreimal soviel gekostet, als das ganze Gehalt. Herr Gänisch hat durch seine Nüchternheit die Zentrumswünsche nicht befriedigt, sondern nur vergrößert. Ja, wenn man dem Zentrum einen Finger gibt! Es hat aber sich mit dem Finger nicht begnügt, es hat den Arm, es hat den ganzen Mann genommen. Ja, Herr Kultusminister, wenn Sie das Zentrum haben wollen, dann müssen Sie tauschlich werden! (Stürmische Heiterkeit.) „Rom, werde hart!“ Dieser Wort der „Volkzeitung“ möchte ich dem Minister vor Augen halten. Seine eigenen Verleumdungen vermischen in jede Spur von Grundgedanken mit ihm. Er kommt sich wie ein Wurm vor, aber sein schmargelnes Fieder kann er nicht ablegen. (Gelächter im Zentrum. Zuruf: „Seit man hat denn ein Wurm Gefieder?“) Wer kann das Zentrum gar nicht bebiegen werden. Es ist also alles auf Koalitions-politik gestellt. Herr Gänisch hat die Vertiefung des Parvus übernommen. Er hat der Freiheit eine Vertiefung gefaßt, für die wir ihm dankbar sind, denn aus ihr geht hervor, daß Parvus während des Krieges der Regierung, die wir Sozialisten bekämpften und die für den Krieg verantwortlich ist, sehr treue Dienste geleistet hat. Und Herr Gänisch ist heute noch Redakteur der „Globe“, die diese Politik gemacht hat. Sie hat unser Volk belogen und betrogen. Ich will meinen Artikel „Gänisch geht nach Canossa“ dahin berichtigen, nicht nach Canossa, sondern nach Karialach. Gänisch hat sich 5 Stunden in den Wänden unterhalten und sagt, beide Teile hätten dabei gelernt, das glaubt er doch selber nicht, denn die Wände sind viel klüger. Ich hätte gewünscht, er hätte die Konsequenzen gezogen und wäre gleich abgetrieben. (Große Heiterkeit.) Wenn man sozialistische Kulturpolitik machen will, muß man sich auch mit Sozialismus abgeben. Herr Gänisch hat mich geschrien, man solle eine Wüste von mir im Kultusministerium aufstellen, ob ich Wünsche meinen bei damit beauftragten Rinnstein hätte. Ich wünsche nur, daß die Herr Gänisch nicht danebenstellen, wenn ich ausgeben werde. (Heiterkeit.) Unter Herr Herrschaft (zur Reden) sah man in den Kolonien als Kulturbringer auf der einen Seite den Mann mit der Donnerbüchse, auf der anderen mit der Bibel. Durch Vertiefung ihrer monarchistischen Pläne können Sie die Kultur nicht wieder aufbauen, oder wollen Sie den Leuten noch verbluten lassen, nur damit die Verbrecher nicht ausgeliefert werden? (Unruhe.) Das Unterrichtsministerium muß durch ein Ministerium völlig umgewandelt werden, damit es nicht einigen wenigen Leuten und ihren Sonderinteressen ausgeliefert sei. Fort mit allen Resten des demagogischen Kirchenlaubens. (Großer Applaus beim Zentrum.) Sie nach dem Zentrum vertreten keine christlichen Werte, sondern Nationalinteressen. (Großer Applaus beim Zentrum.) Geben Sie die Milliarden für die Kirchen zur Unterstützung der Notlage der hungernden Völker heraus. Die Kirchen müssen hat auch das Volk. Herr Gänisch hat mich geschrien, machen Sie es eben! (Große Unruhe beim Zentrum, lebhafter Beifall bei den USP.) (Schlachtmann (USP.): Das Volk ermahnt, daß auf dem Gebiet des Schulwesens jetzt etwas Besonderes geleistet wird. Mit der Volkshochschulbildung, die vom Ministerium eingeführt worden ist, ist ja auch etwas Neues geschaffen; es sind aber noch viele Mängel vorhanden, die beseitigt werden müssen. Ferner muß es sich das Ministerium angelegen sein lassen, dem Volke das, was an geistigem Fundus auf dem Gebiete der Kunst vorhanden ist, in größerem Maße zugänglich zu machen als bisher. Das Weimarer Kompromiß muß grundlegend sein. Auch wir haben große Opfer bringen müssen. Die Zentrumspartei hat ihren besonderen Einfluß in den Grenzgebieten in die Wege geleitet. Das heißt nicht nachgeben, machen Sie es eben! Sie sich sonst so sehr brüsten. Wir können den Kompromiß erbringen, daß die Eitlichkeit auch ohne Kirche bestehen kann; im Gegenteil, als die Kirche ihre höchste Hilfe botte, sind die Entartungserscheinungen außerordentlich verbreitet geworden. Es ist Tatsache, daß die Kirche nicht nur in unzulänglichen Mitteln die Volkshochschule, die aus der Kirche austreten wollen, festhalten. In Schulfragen bestehen zwischen dem Abgeordneten Lauffer und uns unüberbrückbare Gegensätze. Wir wollen allen unzulänglichen Ballon aus der Schule entfernen. Nur in einem Schulsystem